

Landtag

5. Sitzung vom 18. April 1997 Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Maria *Hampel-Fuchs*,
Zweiter Präsident Mag Hilmar *Kabas* und Dritte Präsidentin
Erika *Stubenvoll*.

Schriftführer: Die Abgen Gerhard Göbl, Heinz Hufnagl,
Rudolf Klucsarits, Ursula Lettner, Patrizia MARKUS, Bri-
gitte Reinberger, Jutta Sander, Godwin Schuster, Brigitte
Schwarz-Klement, Marco Smoliner, Rudolf Stark, Mag
Heidemarie Unterreiner, Kurt Wagner, Renate Winklbauer
und Inge Zankl.

1. Entschuldigt sind die Abgen Hans Schiel und DDR
Romana Widhalm.

2. Präsidentin Maria Hampel-Fuchs teilt mit, daß ihr ei-
ne Einladung des Präsidenten des Parlaments der Autono-
men Region des Fürstentums von Asturien zu einem Ge-
spräch "Die Rolle der Regionalparlamente in der Europä-
ischen Union" zugegangen ist, und weist dieses Schreiben zur
weiteren Behandlung der Europakommission zu.

3. In der Fragestunde werden von Präsidentin Maria
Hampel-Fuchs folgende Anfragen aufgerufen und von den
Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 14/LM/KGR): Abg Mag Christoph
Chorherr an den Landeshauptmann:

Das Grundprinzip der sogenannten 'Einkommenspyra-
mide' ist die bezügemäßige Abstufung der einzelnen politi-
schen Funktionen entsprechend ihrem Aufgaben- und Ver-
antwortungsbereich. Werden Sie sich im Rahmen der bun-
desverfassungsrechtlich gebotenen Umsetzung dieses Prin-
zips auf Landesebene dafür einsetzen, daß das monatliche
Einkommen der 46 Bezirksvorsteher-Stellvertreter in der
Höhe von derzeit je 52 158 S entsprechend ihrer Tätigkeit
reduziert wird, die sich in der Regel auf das Abhalten von
Sprechstunden und die Teilnahme an jährlich 4 Sitzungen
der Präsidiale beschränkt?

2. Anfrage (PrZ 2/LM/KVP): Abg Dr Matthias Tschirf
an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Inte-
gration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:

Haben Sie bereits Überlegungen angestellt, wie die Un-
abhängigkeit des Wiener Unabhängigen Verwaltungssenats
gestärkt werden kann, wie das auch im Arbeitsübereinkom-
men vorgesehen ist?

3. Anfrage (PrZ 23/LM/KFP) Abg Josef Wagner an die
amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration,
Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:

Vor einem Jahr hat Ihr Amtsvorgänger Verhandlungen
mit der Polizeidirektion über eine Novellierung des Wiener
Prostitutionsgesetzes angekündigt. Wann werden Sie die
Vorschläge, die der Polizei mehr Kompetenzen und Bürgern
größeren Schutz bieten sollen, in Behandlung nehmen und
dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorlegen?

4. Anfrage (PrZ 5/LM/KSP): Abg Dkfm Dr Ernst Maurel
an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung
und Zukunft:

Haben Sie schon konkrete Überlegungen wie die Koope-
ration der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland in
der 'Region Wien' weiterentwickelt werden kann?

5. Anfrage (PrZ 26/LM/KLF): Abg Marco Smoliner an
den Landeshauptmann:

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Neuregelung
der PolitikerInnenbezüge stellt sich die Frage nach der Ein-
stufung der sogenannten 'nicht amtsführenden Stadträte'.
Treten Sie dafür ein, daß die Bezüge der sogenannten 'nicht
amtsführenden Stadträte' über jenen der einfachen Landtags-
abgeordneten bzw GemeinderätInnen liegen?

4. PrZ 6/AL: In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag
der Abgen Mag Christoph Chorherr, Susanne Jerusalem,
Günter Kenesei, Alessandra Kunz, Dr Peter Pilz, Jutta San-
der und Mag Maria Vassilakou eine Aussprache über das
Thema "4. Spur auf der Südautobahn - Ein Umfaller der
Wiener Verkehrspolitik" statt.

5. Von Abgeordneten des Liberalen Forums wurden 4,
von der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" 1, von der
Österreichischen Volkspartei 1 und von der Freiheitlichen
Partei Österreichs 1 schriftliche Anfrage eingebracht:

(PrZ 430/LF) Anfrage des Abg Marco Smoliner an den
Landeshauptmann, betreffend die Verfahrenspraxis des
Amtes der Landesregierung, mittelbare Bundesverwaltung
im Zusammenhang mit der Erteilung von Aufenthaltsbewil-
ligungen.

(PrZ 431/LF) Anfrage des Abg Dr Wolfgang Alkier an
den Landeshauptmann, betreffend Entpolitisierung bei der
Bestellung von Wiener Schulleitern.

(PrZ 432/LF) Anfrage des Abg Dr Wolfgang Alkier an
den Landeshauptmann, betreffend Novellierung des Wiener
Schulgesetzes.

(PrZ 433/LF) Anfrage der Abg Mag Michaela Hack an
den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen,
Wohnbau und Stadterneuerung, betreffend geförderte Gara-
genprojekte laut § 13 Abs 3 der Verordnung der Wiener
Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im
Rahmen des II. Hauptstückes des Wiener Wohnbauförde-
rungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes.

(PrZ 447/LF) Anfrage der Abg Alessandra Kunz an
die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen,
Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, betreffend Erwei-
terung des LKF-Leistungskatalogs im Bereich der Psycho-
therapie, klinischen Psychologie und Gesundheitspsycholo-
gie.

(PrZ 446/LF) Anfrage der Abgen Mag Franz KARL und
Dr Matthias Tschirf an die amtsführende Stadträtin der
Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener
Stadtwerke, betreffend Gebühren für Totalisateür- und Buch-
macherwetten.

(PrZ 420/LF) Anfrage der Abg Brigitte Schwarz-Kle-
ment an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe
Jugend, Soziales, Information und Sport, betreffend Wahr-
nehmung der Aufsichtspflicht laut § 14 Wiener Behinder-

tengesetz.

An schriftlichen Anträgen wurden eingebracht von Abgeordneten des Liberalen Forums 9, der Freiheitlichen Partei Österreichs 8 sowie vom Liberalen Forum und "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" gemeinsam 2, vom Liberalen Forum, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" gemeinsam 1 sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs, der "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" und des Liberalen Forums gemeinsam 1, davon wurden 5 als Initiativanträge eingebracht:

(PrZ 434/LAt) Der Initiativantrag der Abg Mag Gabriele Hecht und PartnerInnen, betreffend Erweiterung des Gleichbehandlungsgebotes im Wiener Gleichbehandlungsgesetz, wird dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 435/LAt) Der Initiativantrag der Abg Mag Gabriele Hecht und PartnerInnen, betreffend Verankerung des Gleichbehandlungsgebotes in der Wiener Stadtverfassung, wird dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 437/LAt) Der Initiativantrag der Abgen Mag Gabriele Hecht, Hanno Pöschl, Dr Wolfgang Alkier, Mag Alexandra Bolena, Mag Michaela Hack und Marco Smoliner, betreffend die Änderung der Wiener Stadtverfassung im Sinne einer Anpassung an die Bestimmungen des Art 95 Abs 4 i.V.m. Art 59a BVG (BGBl 392/1996), wird dem Ausschuß für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 439/LAt) Der Initiativantrag der Abgen Mag Gabriele Hecht, Hanno Pöschl, Dr Wolfgang Alkier, Mag Alexandra Bolena, Mag Michaela Hack und Marco Smoliner sowie Mag Maria Vassilakou, betreffend die Änderung des Wiener Schulgesetzes, wird den Ausschüssen für Jugend, Soziales, Information und Sport sowie Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

(PrZ 440/LAt) Der Initiativantrag der Abgen Mag Gabriele Hecht, Hanno Pöschl, Dr Wolfgang Alkier, Mag Alexandra Bolena, Mag Michaela Hack und Marco Smoliner, betreffend Anhörung der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Umwelthanwaltschaft sowie der Patienten-anwaltschaft im Landtag und seinen Ausschüssen, wird den Ausschüssen für Jugend, Soziales, Information und Sport, Gesundheits- und Spitalswesen sowie Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 436/LAt) Der Antrag der Abgen Mag Gabriele Hecht, Hanno Pöschl, Dr Wolfgang Alkier, Mag Alexandra Bolena, Mag Michaela Hack und Marco Smoliner, betreffend notwendige Änderungen des Gesetzes über das Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien (Dienstordnung 1994 - DO 1994) im Sinne einer Anpassung an die Bestimmungen des Art 95 Abs 4 i.V.m. Art 59a BVG (BGBl 392/1996), wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 438/LAt) Der Antrag des Abg Hanno Pöschl und PartnerInnen, betreffend die Einführung einer "Wiener Fahrradabstellplatzförderung", welche einen erhöhten Anreiz für die Errichtung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schaffen soll, wird den amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 442/LAt) Der Antrag des Abg Hanno Pöschl und PartnerInnen, betreffend die Errichtung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bei Gebäuden, die im Rahmen einer Total- oder Sockelsanierung saniert werden, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 443/LAt) Der Antrag des Abg Hanno Pöschl und PartnerInnen, betreffend die Einführung einer konkreten Anzahl von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bei der Errichtung von Wohnhäusern, wird den amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sowie Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 444/LAt) Der Antrag des Abg Hanno Pöschl und PartnerInnen, betreffend die Einführung einer konkreten Anzahl von Abstellplätzen für Fahrräder bei der Errichtung von Neubauten jeglicher Nutzung, wird den amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sowie Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 421/LAt) Der Antrag der Abgen Josef Wagner, Johann Römer, Barbara Schöfnagel, Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl und Gerold Saßmann, betreffend Wiener Prostitutionsgesetz, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

(PrZ 423/LAt) Der Antrag der Abgen Gerold Saßmann, Dr Helmut GÜNTHER, Barbara Schöfnagel und Michael Kreißl, betreffend Änderung der in der Marktordnung 1991 geregelten Marktzeiten, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

(PrZ 424/LAt) Der Antrag der Abgen Barbara Schöfnagel, Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Gerold Saßmann und Mag Helmut Kowarik, betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Landtages und des Gemeinderates, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

(PrZ 425/LAt) Der Antrag der Abgen Johann Römer, Brigitte Schwarz-Klement, Ing Peter Westenthaler und Heinz-Christian Strache, betreffend Einführung eines Kinderbetreuungsschecks, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport zugewiesen.

(PrZ 426/LAt) Der Antrag der Abgen Mag Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Heinz-Christian Strache und Frigga Wicke, betreffend das Wiener Heimhilfegesetz, Aufnahme der Verleihung eines geschützten Berufsabzeichens

in die zu schaffende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zugewiesen.

(PrZ 427/LAt) Der Antrag der Abgen Mag Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Heinz-Christian Strache und Frigga Wicke, betreffend Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes im Sinne der Verankerung einer Regelung für die verschuldensunabhängige Schadensregulierung - Patientenhaftpflicht oder zur Schaffung eines eigenen Medizinopferentschädigungsgesetzes, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zugewiesen.

(PrZ 428/LAt) Der Antrag der Abgen Susanne Kovacic, Dr Rüdiger Stix, Kurt Hermann Beer und Ing Mag Thomas Geringer, betreffend Grundflächen für öffentliche Verkehrsflächen, wird den amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Planung und Zukunft sowie Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

(PrZ 429/LAt) Der Antrag der Abgen Dr Rüdiger Stix, Barbara Schönagel, Nikolaus Amhof, Ing Manfred Klopff und Mag Helmut Kowarik, betreffend Änderung des Wiener Parkometergesetzes, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen.

(PrZ 445/LAt) Der Antrag der Abgen Mag Michaela Hack und PartnerInnen sowie Günter Kenesei, betreffend Abschaffung der Förderung für die Schaffung von Stellplätzen im Rahmen der Sockel- bzw Totalsanierung, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

(PrZ 441/LAt) Der Antrag der Abgen Mag Michaela Hack und PartnerInnen, Mag Ruth Becher und Günter Kenesei, betreffend Zusammensetzung des Wohnbauförderungsbeirates für das Land Wien, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

(PrZ 422/LAt) Der Antrag der Abgen Dr Helmut GÜNTHER, Michael Kreißl, Jutta Sander und Marco Smoliner, betreffend Novellierung des Wiener Personalvertretungsgesetzes, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

Gemäß § 30 b Abs 1 der Geschäftsordnung wurden von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei gemeinsam 2 Gesetzesvorlagen eingebracht:

(PrZ 418/LAt) Die Gesetzesvorlage der Abgen Franz Karl Effenberg und Georg Fuchs, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Kleingartengesetz geändert wird, wird dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

(PrZ 419/LAt) Die Gesetzesvorlage der Abgen Franz Karl Effenberg und Georg Fuchs, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Kleingartengesetz geändert wird, wird dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

6. Präsident Mag Hilmar Kabas begrüßt die Volksanwältin Hofrätin Mag Evelyne Messner und Horst Schender, und

teilt mit, daß Volksanwältin Ingrid Korosec wegen eines Auslandsaufenthalts entschuldigt ist.

7. (PrZ 427-MDPLTG, P 1) 16. und 17. Bericht der Volksanwaltschaft (1994 - 1995) an den Wiener Landtag.

(PrZ 448/LAt) Der Beschluß- (Resolutions-) Antrag der Abg Hanno Pöschl und PartnerInnen, betreffend die Schaffung der Voraussetzungen, daß im Zuge eines Abschleppvorganges ein bereits angehobenes Auto wieder auf die Fahrbahn gesetzt werden kann, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen.

(PrZ 449/LAt) Der Beschluß- (Resolutions-) Antrag der Abg Hanno Pöschl und PartnerInnen, betreffend erhöhte Berücksichtigung tierschützerischer Aspekte in der Verwaltung, wird dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination zugewiesen.

(PrZ 450/LAt) Der Beschlußantrag der Abgen Dr Matthias Tschirf und Mag Franz KARL, betreffend Novellierung der Wiener Stadtverfassung, wird der amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

(PrZ 451/LAt) Der Beschluß- (Resolutions-) Antrag der Abg Mag Gabriele Hecht und PartnerInnen, betreffend Einrichtung einer Kommission "Erweiterung des Gleichbehandlungsgebotes", wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zugewiesen.

Berichterstatter: Amtsf StR Dr Sepp Rieder

(PrZ 420-MDPLTG, P 2) Die in der Beilage Nr 7 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Heimhilfe in Wien geregelt werden soll, "Wiener Heimhilfegesetz" (WHHG), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(PrZ 452/LAt) Der Abänderungsantrag der Abg Mag Alexandra Bolena und PartnerInnen, betreffend Gesetz über das Berufsbild, die Aus- und Weiterbildung sowie die Durchführung der Heimhilfe (Wiener Heimhilfegesetz), wird abgelehnt. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 453/LAt) Der Abänderungsantrag der Abg Alessandra Kunz, betreffend Gesetz über das Berufsbild, die Aus- und Fortbildung sowie die Durchführung der Heimhilfe (Wiener Heimhilfegesetz - WHHG), wird abgelehnt. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 454/LAt) Der Abänderungsantrag der Abgen Dr Elisabeth Neck-Schaukowitzsch, Mag Helmut Kowarik, Dr Johannes Hahn, Alessandra Kunz, Mag Alexandra Bolena und GenossInnen, betreffend das Gesetz über das Berufsbild, die Aus- und Fortbildung sowie die Durchführung der Heimhilfe (Wiener Heimhilfegesetz - WHHG), wird angenommen.

Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svihalek

(PrZ 259-MDPLTG, P 3) Die in der Beilage Nr 4 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1992, LBGf für Wien Nr 35, in der Fassung des Gesetzes LBGf für Wien Nr 18/1994, geändert wird, wird in erster und zweiter Le-

sung zum Beschluß erhoben.

(PrZ 455/Lat) Der Beschlußantrag der Abgen Ing Manfred Klopff, Dr Rüdiger Stix, Barbara Schöfnagel und Brigit-

te Schwarz-Klement, betreffend landwirtschaftliches Schulgesetz, wird abgelehnt.

(Schluß um 17.27 Uhr.)

Der/Die Schriftführer/in:



Der/Die Präsident/in:

